

Zur Information

Herausgegeben vom Geschäftsführenden Haupt - Ausschuß
der Kommunistischen Arbeiter Partei Deutschlands

Nr. 1

Alle geschäftlichen und redaktionellen Zuschriften sind zu richten an die
Buchhandlung I. Arbeiterliteratur, Abtlg. I, Berlin O 17, Warschauerstr. 49

1925

An das revolutionäre Proletariat!

Arbejderbevægelsens
Bibliotek og Arkiv

An alle aktiven Kommunisten!

Genossen!

Die kapitalistische Produktionsweise hat den Wirtschaftsorganismus bereits lange vor dem Weltkriege Erschütterungen erleben lassen: Die periodisch einsetzenden „Ueberproduktionskrisen“. Eine kapitalistische Ueberwindung solcher Krisen war nur möglich durch Erschließung neuer Absatzgebiete in Form von Kolonisierung der bislang vom Welt-Verkehr und -Handel noch ausgeschlossenen Länder und durch Verdrängung oder Beseitigung kapitalistischer Konkurrenten.

Der Erschließung neuer Rohstoffquellen und Absatzmärkte aber waren letzten Endes geographische Schranken gesetzt, und so mußte es schließlich nach einer Reihe sich ständig verschärfender Ueberproduktionskrisen zu einem ungeheuren Zusammenprall der sich bislang behaupteten Kapitalsgruppen, zu einer blutig-gewaltsamen Auseinandersetzung um Besitz und Ausbeutung der vorhandenen Rohstoffquellen und Absatzmärkte der Welt kommen. Dieser gigantische Kampf liegt hinter uns im Weltkrieg mit seinen furchtbaren, erschütternden Begleit- und Folgeerscheinungen. Als zwangsläufiges Resultat einer auf Privateigentum basierenden Gesellschaftsordnung steht dieser vierjährige Menschenmord vor uns, ein grandioses Beweisstück ihrer „notwendigen“, „segensreichen“ und gottgewollten Existenz!

Der Weltkrieg hat nun zwar die Besitzverhältnisse an den vorhandenen Rohstoff- und Absatzgebieten geändert, aber die notwendigen Voraussetzungen für eine weitere Existenz der bestehenden Profitwirtschaft überhaupt, nämlich neue Absatzmöglichkeiten, hat er nicht zu schaffen vermocht. Im Gegenteil! Die Vernichtung von fünfzehn Millionen Menschen, die Verarmung großer Volksmassen, die Vervelbständigung der Kolonien, die Entwicklung Amerikas vom Import- zum Exportland sowie der immerwährende Zwang zu rationellster, ergiebigster Produktionsweise, haben den Widerspruch zwischen kapitalistischer Produktion und kapitalistischem Warenabsatz ungeheuer erweitert und verschärft.

Die in der Ordnung des Privateigentums entwickelten Produktivkräfte haben eben keinen kapitalistischen Betätigungsboden mehr, weil über den bereits erschlossenen Erdball hinaus kraft unserer vorläufigen Erdgebundenheit weitere Absatzmöglichkeiten nicht gegeben sind und beginnen diese Energien nun im Daseinskampf miteinander sich selbst und die sie umgebende Gesellschaftsorganisation zu zerstören. Wegen Mangel an — profitbringenden! — Absatz müssen Produktionsanlagen stillgelegt werden. Die hieraus resultierende Erwerbs-

losigkeit wirkt wiederum schwächend auf die allgemeine Kaufkraft, welches in Wechselwirkung weitere Absatzunmöglichkeit und neue Produktionseinschränkungen bedingt. So geht die kapitalistische Wirtschaft unaufhaltsam ihren naturgesetzlichen Kreislauf: mangelnder Absatz — Produktionseinschränkung — Kurzarbeit und Erwerbslosigkeit — sinkende Kaufkraft — noch weniger Absatzmöglichkeiten. Nur der Radius dieses dauernden Kreislaufes wird immer kleiner; die Kreise türmen sich gleich einer trichterförmigen Spirale übereinander, ihren Inhalt — das gesellschaftliche Leben der Menschheit — in Not und Elend zusammenpressend.

Mag die besitzende Klasse sich einer solchen systematischen Zerstörung ihres ureigenen Lebensbodens entgegenstellen; mag sie versuchen mittels nationaler und internationaler Konferenzen und Vereinbarungen, mittels Abrüstung und Aufrüstung, Ausfuhrzoll und Einfuhrdumping, Trusts und Weltsyndikaten, Faschismus und Völkerbund auf Produktion und Konsumtion regulierend einzuwirken: — so lange sie das Privateigentum an den Produktionsmitteln als die Grundlage aller Profitwirtschaft nicht aufhebt, also ihre eigene Stellung als besitzende, privilegierte und herrschende Klasse nicht aufgibt, — so lange wird sie den gezeichneten, naturgesetzlichen Kreislauf aller Profitwirtschaft: ihre Selbstzerstörung und Menschheitsvernichtung nicht aufheben können!

Und weil die kapitalistische Klasse auf ihre Machtstellung nicht freiwillig verzichten kann, wird die Profitwirtschaft als Ganzes vom Menschheitsmarder zu ihrem eigenen Totengräber. So wie es Karl Liebknecht bereits im Mai 1918 treffend gekennzeichnet hat: Mag sich der Kapitalismus durch teilweise Selbstzerstörung — die ihm gestattet, bereits geleistete Arbeit vorübergehend zu wiederholen — eine Gnadenfrist schaffen; er mag herum- und herausfahren, aus allen Pfützen saufen, die ganze Erde zernagen und zerkratzen; — seine Uhr ist abgelaufen! Der Kapitalismus führt, wenn ihn die soziale Katastrophe nicht vorher ereilt, automatisch zur wirtschaftlichen Katastrophe. Selbstvernichtung durch Erzeugung der sozialen Macht (der Arbeiterklasse), die ihn überwinden wird; Selbstvernichtung durch Aufhebung und Zerstörung seiner eigenen wirtschaftlichen Voraussetzungen, — das ist sein doppelt besiegeltes Schicksal!

Wie der Verlauf und das Ende einer solchen Entwicklung des Kapitalismus auch sein mag: für die besitzlose Klasse bereitet sie einen Zustand entsetzlichster Not, schrankenloser Unterdrückung und langsamen Ver-

reckens; einen Zustand unaufhaltsamer Abdriftung von Leben und Kultur der Menschheit durch den Existenzkampf aller gegen alle, einen Zustand der Barbarei im wahren Sinne des Wortes!

Will das Proletariat leben, will es zumindest nicht große Teile seiner selbst elendig krepieren lassen, will es nicht körperlich und geistig zugrunde gerichtet werden, dann muß es sich seiner als gesellschaftliche Klasse bewußt sein und in aller Rücksichtslosigkeit kämpfen gegen das Privateigentum an Produktionsmitteln, für die Einstellung des gesellschaftlichen Produktionsapparates auf gemeinwirtschaftliche Interessen: für den Kommunismus!

Will die Arbeiterklasse ihrer Unterdrückung, der Ausbeutung der steigenden Not und den wachsenden Elend begehnen; der menschenwürdigen, menschenmordenden, chaotischen Profitwirtschaft eine höhere, hygienische, planmäßige und kultursprechende Produktionsweise entgegenzusetzen; die Produktions- und Reproduktionsmittel wieder in Besitz und Verwaltung der Menschheit überführen, also die Existenz von Klassen- und Interessengruppen überhaupt aufheben — dann muß sie die essenziellen Überreste der besitzenden Klasse brechen, indem sie gleichzeitig deren politisch-militärischen Herrschaftsinstrument, den bürgerlich-kapitalistischen Staat zertrümmert!

Diesen Kampf muß die Arbeiterklasse mit allen Mitteln führen. Je konsequenter, energischer und rücksichtsloser er ausgetragen wird, desto kürzer und im Gesamtergebnis reicher an Opfern wird er sein. An sich sind Bürgerkriege und Revolution gewiß keine direkt angenehmen, kulturfördernden Erscheinungen. Als „gesellschaftliche Unkosten“ müssen sie aber nun einmal getragen werden, da eben die Bourgeoisie nicht freiwillig auf ihre Herrschaft verzichtet, und die weitere Existenz der Profitwirtschaft nicht nur weit größere „gesellschaftliche Unkosten“ verursacht, sondern — wie wir aufgezählt haben — Menschheits- und Kulturvernichtung überhaupt bedeutet. Hoch zwar ist der Preis (die Revolution, der Bürgerkrieg); doch echt auch ist die Ware (Befreiung und Erhaltung der Menschheit!).

Die Arbeiterklasse hat bereits mehr als einmal im offenen, bewaffneten Kampf mit den Soldaten und Huren der besitzenden Klassen gekämpft. Die Erfahrungen der Pariser Kommune von 1871, die der russischen Revolution von 1905 und 1917, wie die der deutschen vom November 1918, haben gezeigt, daß es nicht allein genügt, die politische Herrschaft der Bourgeoisie zu brechen und ihr Machtinstrument, den bürgerlich-kapitalistischen Staat, zu zerstören. Mit allen Mitteln versucht vielmehr die besitzende Klasse, wieder zur Herrschaft zu gelangen. Ideologisch wie militärisch, von innen („Konterrevolution“) und außen („Intervention“) den noch kapitalistischen Staaten zur „Herstellung von Ruhe und Ordnung“ kämpft sie um ihre verlorenen Privilegien wie ein hungriger Löwe um sein gefährdete Beute. Und selbst wenn das gesamte kapitalistische Europa unter den Schlägen der erwachten Arbeitermassen zusammenbrechen würde, so bliebe immer noch das kapitalistische Amerika unter Anführung der Vereinigten Staaten. Sie werden ihre Positionen ebenfalls nicht ohne Kampf aufgeben, sondern wie Verzweifelte kämpfen, um nicht der Arbeiterklasse die Welt Herrschaft zu überlassen. Einmal siegreich in einem Lande, oder zwei, drei Staaten, muß das Proletariat unvermeidlich mit der übrigen, noch kapitalistischen Welt zusammenprallen, die bemüht sein wird, mit Blut und Eisen den Befreiungsversuch der unterdrückten Klassen zu ersticken.

Aus diesen Tatsachen folgt, daß vor der kommunistischen Gesellschaftsordnung und nach der kapitalistischen Profitwirtschaft, also in der Zeit zwischen

Kapitalismus und Kommunismus, die Arbeiterklasse einen harten Kampf mit ihren inneren und äußeren Feinden zu bestehen haben wird. Für dieses Ringen benötigt sie eine Machtorganisation, eine straffe, ausgeglichene, festgefugte Organisation, die über alle Mittel dieses Kampfes verfügt. Eine solche Organisation ist der Staat, der Arbeiterstaat. Wie jeder andere kann auch er nur sein, eine Organisation zur Klassenherrschaft (im gegebenen Falle also ein Machsinstrument der Arbeiterklasse); eine Organisation der Gewalt, aber der Gewalt über die Bourgeoisie und Mittel zur endgültigen Vernichtung derselben als einer gesellschaftlichen Macht.

Aus den Eigentümlichkeiten der Uebergangszeit vom Kapitalismus zum Kommunismus ergibt sich die Notwendigkeit des proletarischen Staates. Selbst wenn die Bourgeoisie in der ganzen Welt gestürzt sein wird, wird sie sich von gesellschaftlich nützlicher Arbeit zu drücken suchen und bestrebt sein, dem herrschenden Proletariat nach Kräften zu schaden. Sie muß deshalb zu Arbeitsleistungen gezwungen werden, was aber nur möglich ist mittels Gewalt, ausgeht durch die proletarische Staatsmacht. Ganz richtig bemerkte bereits 1875 Karl Marx in seiner Kritik am Gothaer Programm der deutschen Sozialdemokratie: „Zwischen der kapitalistischen und kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Dieser entspricht auch eine politische Uebergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats!“

Genosse!

Nur stehen wir mitten im Chaos der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft; noch liegt vor uns der gewalttätigste Sturz der bürgerlichen Profitdiktatur und jener heroische Kampf um die erste Etappe zum Kommunismus: um die Klassenherrschaft des Proletariats durch die Rätediktatur.

Noch leben große Teile des Proletariats in verzweifelter Hoffnungslosigkeit, immer noch sind sie sich der Lebensnotwendigkeit einer solchen Klassenhandlung nicht bewußt, immer noch zögern sie vor der allein befriedigenden Tat!

Sozialdemokratie und Gewerkschaften — ideologisch und praktisch entwachsen aus der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, einstmals berechnete Betätigungsfeld der proletarischen Klassenkämpfe — stellen mehr oder weniger bewußt die Barrikaden für den kapitalistischen Staat. Ihre typisch herausgebildete Führerorganisation — um unter den Parolen „Wiederaufbau“, „Republik“ und „Wirtschaftsdemokratie“ das Proletariat auch geistig einzuspannen, in den Dienst für jene kapitalistischen Tendenzen, die seinen Tod bedeuten. Werden auch die Wirkungen der kapitalistischen Ökonomie ihr Entscheidendes tun, um Sozialdemokratie und Gewerkschaften als erste Hindernisse der proletarischen Klassenbefreiung zu überwinden und ihren heutigen Einfluß zu brechen; alles muß getan werden, um diesen Prozeß zu beschleunigen durch eindeutige, zielbewußte und aktive Propaganda!

Das zweite Hindernis für die Klassenbefreiung ist die kommunistische Partei und die mit ihr verbundene III. Internationale.

Sowjetrußland war gezwungen — durch die Schuld des Proletariats in Westeuropa, das, statt die Revolution im eigenen Lande zu organisieren, den Kapitalismus stützte — zu kapitulieren. Weil es als einziger kommunistischer Staat inmitten einer kapitalistischen Welt auf die Dauer nicht bestehen konnte! Den russischen Kommunisten blieb nichts anderes übrig, als in ihrem historisch rückständigen Lande der gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung zu tragen und — bewußt —

den Kapitalismus zur Entfaltung zu bringen. Heute regieren dort praktisch die erst durch die Revolution zu Privateigentum gelangten kapitalistisch rechnenden Bauern in Gemeinschaft mit der unter der NPD neu errichteten Stadt-Bourgeoisie.

III. Internationale samt ihren Sektionen mit diesem neuen Bündnis. Demzufolge kann sie und vertritt sie auch nicht mehr die Interessen der proletarischen Weltrevolution, sondern ist zum willigen Werkzeug der Außenpolitik des kapitalistischen Rußland geworden. Die Parole „Schutz-Bund der unterdrückten Völker Deutschlands, Rußlands, „östlichen Orientierung“, das Verlangen nach einer Regierung legen allein genügend Zeugnis davon ab, daß die deutschen Kommunistischen Partei darauf ankommt, den ihr folgenden Teil des Proletariats in die Nationalinteressen Rußlands.

Noch eine andere Gefahr birgt die Existenz der „Kommunistischen“ Partei für das Proletariat: ihr Ziel revolutionär zur Entfaltung zu bringen, sondern die Diktatur ihrer Parteiorganisation! Nur so ist es erklärlich, weshalb subjektive Reife zur Klassenbewußtheit schaffen zu — Lenin-Kult — und Ueberzentrismus — „Das Ekkel hat erhalten. Dem gleichen Bestreben entsprechen auch ihre propagandistischen Parolen; sie will die Proletarier bei ihren Illusionen packen und sie zu Kämpfen treiben, in strengen gemacht werden um zur parteipolitischen Macht zu gelangen.

Eigenmächtige Hesselei, bewulter Betrug, objektiver Verrat, Verbrechen ist es, was unter kommunistischer Flagge tagtäglich in Form immer neuer Parolen am Proletariat und seiner Klassenrevolution verübt wird! Die Selbstverständigung des revolutionären Proletariats über die Kernfragen proletarischer Revolution wird erstickt in parteifaktischer, organisatorischer und militärischer Spielerei!

Genosse!

Die Arbeiterklasse muß die bestehende Gesellschaft von Grund auf umstürzen, muß nicht nur ihre Diktatur aufrichten, sondern muß während und nach dem Kampf um die politische Macht auch die Wirtschaft ganz und gar neu organisieren. Und dies in einem Zustand der größten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zerrüttung. Die unbegrenzte Kraft; der unerschütterliche Wille; die himmelstürmende Begeisterung; die heroische Selbstopferung und der trotzdem lange Atem, der notwendig ist, um die proletarische Sache zum Triumph zu führen; — sie werden sicher nicht erstehen auf Grund des Vertrauens der Arbeiter zu einem Dutzend Personen oder einer Partei. Sie werden vielmehr nur erwachsen aus der Erkenntnis der Unvermeidlichkeit der proletarischen Revolution und aus der Einsicht in die mit ihr lebensnotwendig verbundenen Aufgaben.

Worin liegt denn die Macht der Bourgeoisie? Liegt sie in der größeren Kopfzahl dieser Klasse? Nein, die proletarischen Massen sind naturgemäß viel größer. Liegt sie in der Beherrschung des wirtschaftlichen Lebens? Nein, wie wir gesehen haben, beschränkt sie sich heute auf wenige tausend Personen. Liegt sie entscheidend in ihrer Verfügung über die gesamten Mittel der Staatsmacht? Gewiß hat sie mit deren Hilfe revolutionäre Erhebungen niedergeschlagen und ist deshalb die Eroberung

Scharfe Abgrenzung gegen alle opportunistischen Neigungen im Prinzip, Taktik und Aktion, auch wo sie unter der Flagge der Opposition gegen die offizielle Instanzpolitik stehen, und dauernde scharfe Kritik aller Unentschiedenheit und Halbheit ist dringend geboten. Die Konsequenz vertritt alle Bestrebungen, die darauf abzielen, unter Verwischung oder Zurückstellung wessenhafter Gegensätze auf Grund einer unhängerschaft zu sammeln, auf die in entscheidenden Momenten kein Verlaß wäre. Erst Klarheit, dann Mehrheit. Keine Sammlung ohne Einheit der Anschauungen.

Januar Jugend-Konferenz 1918
Karl Liebknecht

rung der Staatsgewalt die erste Aufgabe des Proletariats. Aber diese Möglichkeit war schon sehr oft gegeben und im November 1918 fiel die Staatsgewalt in Deutschland und Österreich fast ohne Kampf in die Hände der Arbeiter. Der Bourgeoisie ist es aber gelungen, wieder Herr des Staates zu werden und sich zu behaupten. Dies beweist, daß noch eine andere Machtquelle, ihr zur Verfügung steht. Das ist die Schwäche des Proletariats! Seine geistige Unselbstständigkeit, sein Mangel an Klasseninstinkten und Solidaritätsempfinden, seine Versuchung mit bürgerlicher Ideologie, sein Autoritätssinn, seine Willen- und Multosigkeit, sein Mangel an Selbstbewußtsein und Einsicht in die Kraft einer organisierten Gemeinschaft!

Die Voraussetzung für den Sieg und die Machteroberung der Arbeiterklasse ist die Ueberwindung all dieser Schwächen, ist die Entwicklung und Erhaltung des proletarischen Klassenbewußtseins! Ihr unermüdlich nach bestem Willen und Können zu dienen ist materielle wie moralische Pflicht eines jeden Arbeiters, der die proletarische Klassenrevolution als Lebensforderung erkannt zu haben glaubt! Also auch Deine, Genosse!

Und dienen soll nicht jeder einzelne auf seine besondere Art, sondern im planmäßigen, zielbewußten Zusammenwirken aller einzelnen durch und mittels der Organisation!

Mit der vorliegenden „Information“ machen wir, der Geschäftsführende Haupt-Ausschuß (GHA) der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, den Anfang einer planmäßigen Zusammenstellung und regelmäßigen Herausgabe von wissenschaftlichem, ökonomischem, politischen, propagandistischen und organisatorischen Material für die kommunistischen Arbeiter.

Wir sind uns der Unzulänglichkeit der vorliegenden Ausgabe vollkommen bewußt. Sie ist das Resultat der organisatorischen Schwäche der KAPD, und kann nur überwunden werden durch intensive propagandistische und organisatorische Mitarbeit aller revolutionär-märkischen Kommunisten einverstanden sind, aber noch nicht die organisatorischen Konsequenzen eines solchen Denkens gezogen haben!

Die „Information“ ist nicht nur bestimmt für die Mitglieder der KAPD, Ueber den organisatorischen Rahmen der Partei hinaus soll er ein Hilfsmittel sein für alle revolutionären Arbeiter, für alle, die aktiv dienen wollen der Sache des Kommunismus.

Genosse!

Wir rufen Dich! Hilfe bei der Arbeit und dem Kampf für den Kommunismus! Sei mit uns unermüdetlicher Streiter für die Klassendiktatur des Proletariats! Tue mit uns Deine Pflicht bei der ideologischen wie praktischen Vorbereitung und Organisation der proletarischen Revolution!

Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands
Geschäftsführender Haupt-Ausschuß

Republikanische Monarchisten od. monarchistische Republikaner? Eine Betrachtung über die Sozialdemokratie

Sieben Jahre sind vergangen seit jener traurigen Komödie einer Revolution. Eine gründliche Rücksicht ist not, um unseren Blick zu schärfen für das Kommende. Die Arbeiterklasse darf ihre eigenen bezagungen Fehler und die an ihr geübten Verbrechen nicht vergessen; wir haben die Pflicht die Erinnerung an sie wach zu halten als eine dauernde Warnung und Lehre!

Laßt die Sozialdemokraten spucken und stöhnen darüber! Laßt sie nur krächzen über das Andenken alter Gegenstände und verarbeiteter Wunden; laßt sie nur kreischen über Zerstörung bestehender „Einmütigkeit“ durch die Proklamation des von ihnen geübten Klassenvertrages; laßt sie nur jammern, wenn sie und ihre Sünden an das Sinnkreuz der Geschichte genagelt werden!

Lassen wir uns durch nichts mehr betören, noch täuschen! Solange wie die Sozialdemokratie lebt, ist sie der Arbeiterklasse eine ständige Gefahr. Zur Bestätigung dieser Behauptung nehme man den ersten Vorsitzenden der SPD, als Kronzeugen:

„Wir haben eine Bewegung der Arbeitermassen nicht zu befürchten. Wenn sie über unsere Köpfe hinweggehen droht, stellen wir uns an ihre Spitze und biegen die Bewegung um; so wie wir es 1918 getan haben.“

(Weis in einer Reichstagsfraktionssitzung im August 23.)
Sich in einem mimen nämlich die Weis, Ebert, Scheidemann, David und Stamper den niederen Republikaner. In ihrem Größter Parteiprogramm werden sie sogar begeistert:

„Die Sozialdemokratie ist entschlossen, zum Schutze der erzwungenen Freiheit das Letzte einzusetzen. Sie betrachtet die demokratische Republik als die durch die geschichtliche Entwicklung unumkehrbar gegebene Staatsform, einen Angriff auf sie als ein Attentat auf die Lebensrechte des Volkes.“

Um diesen Programmsatz sind wir der Sozialdemokratie keineswegs neidisch. Im einleitenden Artikel über den Staat haben wir unsere Meinung dargelegt. Hier kommt es uns lediglich darauf an, diesen Grundsatz und diese Begeisterung aus der Zeit nach dem 9. November 1918 in Parallele zu setzen mit den Grundsätzen und Beteuerungen der Sozialdemokratie vor dem 9. November. Und dies nicht aus Rechthaberei, nicht aus Konkurrenzneid, nicht aus Renommiersucht, sondern um der Arbeiterklasse den Wert sozialdemokratischer Grundsätze, Beschlüsse und Versprechungen aufzuzeigen. Damit sie aus Vergangenheit für Gegenwart und Zukunft lernt, daß das Werk ihrer Befreiung nur ihr eigenes Werk sein kann!

Also der Weis und seine Partei wird sich auch künftig an die Spitze von Arbeiterbewegungen stellen um sie „anzubiegen“. Es ist dann genug, es in die Welt zu schreien: „So wie wir es 1918 getan haben.“

Vor jenem berühmten 9. November war er und seine Partei nämlich noch nicht einmal republikanisch. Sie war im schönsten und wahrsten Sinne des Wortes monarchistisch und hohenzollernstreu. Auch der Republikpräsident Ebert, auch der republikanische Volksbeauftragte Philipp Scheidemann und auch die schwarz-rot-gebehen Republikbeschützer Severing, Stamper, Kuttner, Hanisch, Schützinger und Hörnsing!

Als im Frühjahr 1917 Rudolfs Zarenregime durch die Kerensky-Regierung gestürzt war, erklärte unter anderen auch der russische Menschewitsch Tschische, das russische Proletariat könne erst nach der Absetzung der Hohenzollern mit Deutschland gehen.

Im antwortet der „Vorwärts“ vom 3. April 1917:

„Sobald die Monarchie die Wünsche des Volkes (gleiches Wahlrecht zu allen Vertretungskörpern) erfüllt, ist auch republikanische Agitation der Boden unter den Füßen weggezogen. Die Frage, ob Monarchie oder Republik, wird dann noch weniger Diskussionssthem sein, als es jetzt schon ist. Und alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß es so kommt. Wenn auch noch Schwierigkeiten zu überwinden sind, so werden sie überwunden werden, ohne eine Spur von gewaltsamen Umsturz und ohne Un-

sturz der Monarchie... Die Methoden des politischen Fortschritts sind in den verschiedenen Ländern verschieden und kein Volk sollte dem anderen Vorschriften machen, wie es zu seinen politischen Rechten kommen soll. Jeder Versuch in dieser Richtung müßte den Krieg unausbehr verlängern!“

Am 14. Juli 1917 versichert das sozialdemokratische „Ham-burger Echo“ im Leitartikel:

„Daß die deutsche Sozialdemokratie unbeschadet ihrer demokratischen Grundsätze nicht darauf verpflichtet ist, aus Deutschland eine Republik zu machen, am allerwenigsten eine bürgerliche Republik nach französisch-amerikanischem Vorbild, ist oft genug gesagt worden. Bleiben der deutschen Kaiser und seine Nachfolger den Grundsätzen treu, die erneut in der Österreichischen und im Juli-Erde ausgesprochen sind, so wird in den kommenden Zeiten die Monarchie Deutschlands auf den Schultern der Millionen werktätiger Männer, die nun zu voller staatsbürgerlicher Gleichberechtigung gelangen sollen, desto mehr fest und sicher ruhen, wie auf den gekrümmten Rücken jener atemberaubenden Granden, deren Konterzeu jederzeit zu wackeln beginnt, wenn der König nicht ihren Willen tut.“

Das wäre das „prinzipielle“ in der kaiserlichen Anzeigengelt der kaiserlichen Sozialdemokratie. Damit auch der Humor zu seinem Recht kommt sei noch zitiert, was im Jahre 1917 — im dritten Kriegsjahr also — ein sozialdemokratischer Redakteur auf Zeitungsblätter drucken ließ:

„Der Kaiser ist das verfassungsmäßige Oberhaupt des Staates, unseres Vaterlandes. So wie man erst in der Zeit der Not den Freund erkennt, so erkennt das Vaterland, was es in seinem ersten Diener, als den sich der Kaiser selbst bezeichnet, hat. Wenn man alle vergangene Mühe tat. Noch nie waren Volk und Kaiser so einig wie jetzt.“

Dann kam das Kriegsjahr Nr. 4; 1918:

Als die militärische Lage deutschseits noch günstig stand, als der „Vorwärts“ noch ein kleines Recht hatte zu schreiben:

„Von allen Völkern, die von diesem Kriege betroffen sind, hat das deutsche am wenigsten Ursache zu verzweifeln. Es ist jetzt keine andere Lösung der Weltkriege zu sehen, als der erhoffte volle deutsche Sieg auch im Westen.“

Als der Sozialdemokrat und Heute-Pazifist Leinert dem damaligen Kriegszegner Strobel noch antworten durfte:

„Gewiß sind wirtschaftliche Angliederungen auch Annexionen, aber wo steht denn in unserem Programm, daß man nicht annektieren dürfte?“

— Da machte der halbhoftische sozialdemokratische Artikel-schreiber Germanicus-Robert Breuer noch einen schwärmerischen Blick in die Zukunft:

„Durch den Gemütschleier des Selbstbestimmungsrechts der Völker hindurch können wir deutlich erkennen, wie Deutschlands Ausdehnungsbedürfnis sich im Osten befriedigt. Wozu hier Phrasen machen? Das Notwendige geschieht. Finnland, die Ostindische Riga mit der nach Berlin in Verwahrung gebrachten Herzogkronen und davon abhändig Livland, Estland und Lauen, bis herunter nach Odessa. Die Lage dürfte klar sein und dürfte nicht einmal durch die polnische Schwierigkeit gestört werden... Kein ewiger Frieden senkt sich hernieder. Aber eine neue Plattform für neue Entwicklungen ist gekimmert worden... Schuld und Sühne sind nur sentimentale Vokabeln für Schwäche und Kraft... 1914 wurde das deutsche Volk in seiner Ganzheit aufgerufen. Der Frieden darf diesem Heerhaufen keine Entlassung bringen.“

Bald waren vorbei die Tage der Rosen. Die deutsche Front keriet ins Wanken, der „Heimat“ bemächtigte sich arme Mühsamkeit. Ganze Pforten an die deutschen Importisten zur Proklamation der „nationalen Volksverteidigung“.

„Männer des Volkes“ wurden gesucht um „Volksregierung“ vorzutauschen. Walter Rathenau fiel nach Festigkeit; Rathenau, der Repräsentant deutschen Großkapitals:

Ein für allemal: Wir halten den Krieg befehle lange aus, an Rohstoffen, Nahrung, Menschenszahl, Kraft und Willen, mit anderen, mit wenigen, mit keinen Genossen. Je länger wir ihn aushalten können und anhalten wollen, desto länger werden wir ihn auszuhalten haben... Jeder von uns hat das Land in seiner Weise geliebt. Laßt uns nicht wieder Meinungsachen als Gesinnungsfehler rügen.

Es geht nicht an, daß man die Vaterlandslosigkeit und die Ehrveressenheit die verdrängt, die den Stand der Dinge abwechselnd von der offiziellen Meinung annehmen.

Alle diese Dinge seien auf ewig vergessen, wir sind anderen etwas nachzutrauen und wende dem, der dem Feind uns bedroht... Das war am 2. Oktober. Am 4. wurde bereits die besagte „Volksregierung“ unter Einschluß der Sozialdemokraten zusammengestellt und der „Vorwärts“ münzte so etwas wie Regierungsgesetze:

„In einigen Fabriken Groß-Berlins sprechen manche Leute von einer Regierung Haase-Ledebour als von einem kommenden Ereignis... Mit Freuden würden wir diesen Minister, sofern sie vernünftig sind, würden ihnen die furchtbare Last der Verantwortung abnehmen wollen.“

Es ist selbstverständlich, daß eine aus Unabhängigen bürgerlichen Parteien auf jedes Zusammenarbeiten mit den „Regierungssocialisten“ — verzichten würde. Sie soll kürzester Zeit — nicht wie die „Regierungssocialisten“ — Gesellschaftsordnung in Deutschland einführen.

Wer den Mut hat, diese Aufgabe zu übernehmen, und wer glaubt, mit ihrer schnellsten Lösung das Glück des Volkes fördern zu können, der trete vor.

Es wird sich aber keiner melden! Denn jeder marxistisch-gesunde Sozialist... Wir Sozialdemokraten wollen zunächst den Frieden und die Volksregierung. Darum wollen wir alle sozialistischen Reformen einführen, zu denen wir die Zustimmung des Volkes gewonnen haben. Bewähren sie sich, so wird uns das Vertrauen des Volkes rasch höher und höher tragen, bis wir das ganze Werk des Sozialismus vollenden können. Es gibt keinen denkenden Sozialisten, der nicht die Klärung ist keine Zeit! Jeder seiner Verantwortung bewußte Sozialdemokrat muß die Arbeiter davor warnen, den unsinnigen Ratschlägen Unverantwortlicher zu folgen.

Wir appellieren an die Einsicht und an das Gewissen der Genossen, die in Jahrzehnten des Klassenkampfes geschult sind. Törichte Streiche machen wir nicht mit.“

(„Vorwärts“ vom 17. Oktober 1918)

Am 18. mahnt der Parteivorstand:

„An Deutschlands Männer und Frauen! Die imperialistischen Verhältnisse des Deutschen Reiches haben in wenigen Tagen eine tiefgehende Umwälzung erfahren, deren Bedeutung weitesten Volkskreisen noch nicht zum vollen Bewußtsein gekommen ist. Deutschland ist auf dem Wege vom Obrigkeitsstaat zum Volksstaat. In Preußen ist das gleiche Wahrrecht gesichert und damit der entscheidende Schritt zur Zerstörung der Junkerherrschaft getan...“

Wie die bürgerlichen Vertreter der sozialdemokratischen Partei immer erklärt haben, im Wege friedlicher Umwälzung wollen wir unser Staatswesen zur Demokratie und das Wirtschaftsleben zum Sozialismus überleiten. Wir sind auf dem Wege zum Frieden und zur Demokratie. Alle putschistischen Treiber werden durchkreuzen diesen Weg, diesen der Geographieverleumdung...“

Zum 3. November jammert der „Vorwärts“:

„Die augenblickliche Situation stellt die Arbeiterklasse vor die schwerste Probe ihrer politischen Reife... Daß wir unsere Ziele nicht aus dem Auge verlieren, das haben wir die letzten Wochen wohl jedem, der nicht ganz verblendet ist, mit aller Deutlichkeit gezeigt. Wir haben ein Recht darauf, von den Arbeitern zu verlangen, daß sie uns nicht im Stich lassen, daß sie uns nicht in den Rücken fallen, daß sie nicht anderen Schlagworten nachlaufen wie Kinder, die Schmetterlinge jagen...“

Wenn durch nämende Flugblätter oder von kleinen Gruppen der Kul erzielt, die Betriebe zu verlassen und auf die Straße zu gehen, gehet die Disziplin der Organisation, dem nicht Folge zu leisten.“

Am 4. November proklamieren die Kieler Matrosen die Revolution. Der Nocke stellt sich an ihre „Spitze“, um ihre Bewegung „anzubiegen“. Die sozialdemokratische „Schlüssel-Holsteinische Volkszeitung“ war, aber schon gedruckt und sah am Morgen des Kieler Revolutionsstages dröckig naiv in die Welt geschaut.

„Die sozialdemokratische Parteilung verbreitete gestern ein Flugblatt mit einer Mahnung zur Besonnenheit. Durch unterschriebene Flugblätter und durch Agitation von Mund zu Mund ist an Each die Aufforderung ergangen, auf die Straße zu gehen. Wir raten Each dringend, dieser Aufforderung nicht zu folgen. Wie Ihr alle wißt, befindet sich die sozialdemokratische Partei im Zuge einer sehr wichtigen Aktion. Sie hat einige Genossen in die Regierung entsandt, um schleunigen Frieden zu schließen und alle persönlichen Freiheiten sicherzustellen, deren die Arbeiterklasse zu ihrer weiteren Entwicklung bedarf. Wir fordern Each auf, bei diesen Verhandlungen nicht durch Unbesonnenheiten dazwischen zu treten, folgt darum keiner Aufforderung, die von einer unverantwortlichen Minderheit ausreicht wird.“

Daß der Nocke bereits „Revolutionsführer“ war und seine Zeitung noch vor einem „Auf-die-Straße gehen“ warnte, ist sicherlich ein traurig-bedeutungsvoller „Irrtum“ gewesen. Die Kieler Revolte wurde zum Signal einer allgemeinen Aufstandsbewegung im Reich. Aber noch glaubte das sozialdemokratische Regierungssorgan seine Felle beisammen zu haben:

„Wiederholt wurde im „Vorwärts“ vor geheimnisvollen Flugblättern gewarnt, die den Zweck verfolgten, Uneinigkeit und Zersplitterung in die Reihen der Arbeiterschaft zu tragen und sie zu einer Politik zu ermuntern, die den russischen Verhältnissen entsprechen vermag, den deutschen aber nicht entspricht. Es hat sich herausgestellt, daß diese Flugblätter, wenn nicht überhaupt, so doch auch von der russischen Botschaft verbreitet worden sind. Eine genutzte Kurierkarte auf dem Bahnhof Friedrichstraße enthielt das Geheiß: „Sie enthält Flugblätter, die die deutschen Arbeiter zu Gewalttätigkeiten auffordern. Eine davon, so behauptet weitestgehend der amtliche Bericht, das von der Gruppe „internationale“ unterschrieben ist, enthält einen Aufruf zum Revolutionskampf, während das andere zu Mord und Terror auffordert soll. Wir können die Wahrscheinlichkeit des offiziellen Berichts leider nicht beweisen, da uns in der letzten Zeit genug wußtes Zug dieser Art unternommen ist.“

(„Vorwärts“ am 6. November 1918)

Am gleichen Tage schreibt der Parteivorstand in die Mühlenflügel:

Folgt nicht den Parolen kleiner Gruppen und unbekannter Drahtzieher. Es geht um Each und Euer Kinder; darum noch einmal: Wahrt die Einheit, die Besonnenheit, die Disziplin der Organisation, keine russischen Zustände, sondern das Ganze geschlossen verwirrt zu den Zielen der Demokratie und des Sozialismus.“

Wie schön das klingt „das Ganze geschlossen vorwärts zu den Zielen...“ Der Parteivorstand hatte sich damit schon so halb an „die Spitze der Bewegung“ gestellt, aber nur halb, denn noch immer bestand ja die Möglichkeit ihrer gewaltsamen Abwürgung!

Der Frieden ist gesichert — in wenigen Stunden wird die Waffenruhe eintreten sein. Nur jetzt keine Unbesonnenheiten, die das an der Front beendete Blutvergießen im Lande wieder aufleben machen! Die sozialdemokratische Partei setzt ihre ganze Kraft ein, ihre Forderungen schnellstens zur Erfüllung zu bringen! Deshalb haben heute die Vorstände der sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Fraktionen folgende letzte Forderungen an den Reichskanzler gestellt...“

8. November meldet die Mannheim „Volksstimme“:

„Hätten wir zu r Zeit schon die Möglichkeit gesehen, Deutschland zu einer Republik zu machen, wir hätten keinen Augenblick gezögert, die republikanische Fahne zu entrollen und für sie in den Kampf einzutreten. Aber diese Möglichkeit haben wir bisher nicht und sehen sie auch heute nicht... Das aber erfordert zunächst die Aufrechterhaltung der augenblicklichen Staatsform, der Monarchie!“

Und am gleichen Tage beschwört der Berliner „Vorwärts“ seine Leser in einer großen fetten Zeile:

Erhöhte Brötchenangekündung!

Voraussetzung aber ist: Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung!

Dann kam der Tag, an dem die Arbeiter wider all diesen „Vorwärts“-Gepöhl Ernst machten mit ihrer Sache. Jener Tag, an dem sie die Ruhe und Ordnung durchbrachen, in „Unruhm“ und „Unbesonnenheit“ zum Revolutionskampf schritten.

Wie im Falle Kiel war aber auch hier der „Vorwärts“ bereits gedruckt und steckte in die Welt der Revolution wie ein Parlamentärschichtstatter:

„Arbeiter, Parteigenossen!“

Ein Teil der gestern von uns aufgestellten Forderungen ist von der Regierung und den Mehrheitsparteien erfüllt worden.

Das gleiche Wahlrecht für Preußen und die Bundesstaaten auf Grundlage der Verhältniswahl soll ohne Verzögerung durch Reichsgesetz eingeführt werden.

Die sofortige Parlamentarisierung der Preussischen Regierung ist gesichert, ebenso die Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses in der Reichsregierung.

Die Einberufung zum Militär sind rückgängig gemacht.

Noch nicht erledigt ist die Kaiserfrage... Parteigenossen, Arbeiter! Es handelt sich also nur um einen Aufschub von wenigen Stunden. Eure Kraft und eure Entschlossenheit vertritt diesen Aufschub!

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Reichsfraktion:

Erst in einer Extra-Ausgabe, 3 Stunden später wurde „revolutionär“. Er beehrte sich der revolutionären Arbeiterschaft an, um sich in demselben Atemzuge an ihre „Spitze“ zu stellen:

„Die Bewegung wird gemeinschaftlich geleitet von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands.“

Am Morgen des anderen Tages jubelte:

„Einen Sieg hat das deutsche Volk und insbesondere auch das Berliner Proletariat errungen, der ohne Beispiel in der ganzen Geschichte dasteht. Selbst die Ereignisse von 1848 verfließen gemessen an dem gewaltigen Umsturz, der sich am 9. November 1918 vollzogen hat.“

Doch er ist nicht ganz froh! Ein paar Zeilen später

lammert er:

Schon gestern ist von einzelnen kleinen Gruppen, oft unter unbekannter und unverantwortlicher Führung der Versuch gemacht worden, eigene Wege zu gehen...

Es war ihnen gelungen, der Gegner der Revolution vom 9. November stellte sich — mit Hilfe und Duldung der USPD! — an ihre Spitze, bog sie um und erwürgte das übrige in Betrug und Blut!

Das war tragisch. Und nun beginnt die Komödie!

„Man kann nicht sagen, daß die Revolution über-

raschend gekommen ist... Wohl sah es am Abend des 8. November 1918 in Berlin drohend genug aus, die Stadt wimmelte von Stellungnehmungen, Maschinengewehre und Geschütze fuhren durch die Straßen... Was mutige Matrosen an der Wasserkante begonnen hatten, das verbreitete sich wie liegendes Feuer durch das Reich, das sprang von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf.“

...schmierte der Kutter bereits in den „Vorwärts“ vom 11. November. Derselbe Kutter, der am 1. November (1918) in demselben „Vorwärts“ ein belangloses Ereignis welterschütternd besang:

„Gerade in Ententezirkeln hätte man sich völlig in die Vorstellung eingelassen, daß ein wirklicher politischer Umschwung in Deutschland nur auf dem Wege einer gewaltsamen Revolution erfolgen könnte. Auf diese hätte man gewartet und sie ist nicht eingetreten. Wir haben vielmehr den geschichtlich sehr seltenen Fall erlebt, daß eine durch Jahrhunderte eingewurzelte Minderheitsregierung auf dem Wege der friedlichen unblutigen Reform beseitigt wurde.“

Bereits am 15. November mußten die Soldaten der Ostseestation, Leipzig, Dresden, Chemnitz, Bremen und Straßburg Protest erheben gegen die von der „Revolutions“-Regierung erlassene Verordnung über die Wiederherstellung

der Befehlsgewalt der Offiziere. Ihre Proteste blieben unbeantwortet von den Ebert und Scheidemann, aber auch von den unabhängigen „Volks“-beauftragten Haase, Dittmann und Barth!

Über den Stand der „Revolution“ vom 9. November im Januar 1919 unterrichtet uns dann vortrefflich das Memorialbuch des Generals Märker:

„Am 4. Januar 1919 erschienen auf meine Aufforderung die Volksbeauftragten Ebert und Noske in Zossen bei Berlin. Am 4. Januar 1919 erschienen auf meine Aufforderung die Volksbeauftragten Ebert und Noske in Zossen bei Berlin. Am 4. Januar 1919 erschienen auf meine Aufforderung die Volksbeauftragten Ebert und Noske in Zossen bei Berlin.“

Am 4. Januar 1919 erschienen auf meine Aufforderung die Volksbeauftragten Ebert und Noske in Zossen bei Berlin. Am 4. Januar 1919 erschienen auf meine Aufforderung die Volksbeauftragten Ebert und Noske in Zossen bei Berlin. Am 4. Januar 1919 erschienen auf meine Aufforderung die Volksbeauftragten Ebert und Noske in Zossen bei Berlin.

Wie vortrefflich Noske uns gegenüberstand, mag folgendes Beispiel zeigen: Bei der Reichsregierung

ging in der zweiten Januhälfte von der Nordseefestung Borkum, deren Kommandant ich im ersten Kriegsjahr gewesen war, folgendes Telegramm des Soldatenrats ein:

„Wir halten es für unsere Pflicht, die Reichsregierung dringend vor dem dort befindlichen General Märker, Kommandant des Landesgarnisons, zu warnen, der sich hier auf Borkum stets als Erzkonservator, schlimmster Sorte und als Herrenmensch erwiesen hat.“

Noske reichte das Telegramm in einen Briefumschlag und schickte es mir als Geschenk zu.

Noskes Aufgabe war die Aufrechterhaltung der Ordnung im Inneren im Kampf mit den Linksrädikalen und der Aufbau und der Ausbau der Reichswehr. Er war zweifellos die militärische Erscheinung des Reichskabinetts und erwarb sich auch die Zuneigung vieler Kreise des Bürgertums, allerdings auch den erbitterten Haß der Unabhängigen und Kommunisten.

Am 13. Februar ging der Haß sich zu den Ältesten der Berliner Kaufmannschaft, um ihnen zu versichern:

„Ich glaube, dadurch, daß wir Mehrheitssozialisten in jenem Augenblick, wenn ich so sagen darf, den revolutionären Stolz aufgegeben haben, so haben wir uns um das Land sehr verdient gemacht.“

Mit der bürgerlichen Nationalversammlung hatte die November-Revolution ihr offizielles Ende. Seitdem befehlen sich die Sozialdemokraten nicht mehr wie vor dem 10. November als republikanische Monarchisten sondern als monarchistische Republikaner. Im Jahre 1922 brach bezüglich sogar eine Epidemie aus.

Auf einer Versammlung im Berliner Friedrichshain im Juni erklärte der am 9. November 1918 „Revolutionsführer“ mimende Scheidemann:

„Eine antimonarchistische Propaganda, eine positiv republikanische Tätigkeit hat die Sozialdemokratie nie getrieben, weil für uns diese Frage bis zu einem gewissen Zeitpunkt nebensächlich erschien.“

Die Unterstellung, daß die Sozialdemokratie die Novemberrevolution gewollt oder vorbereitet hat, ist eine lächerliche, fälschliche Äußerung unserer Gegner.“

Am 5. Dezember 1922 wendet sich derselbe Philipp Scheidemann vor dem Staatsgerichtshof gegen den ihm gegenüber erhobenen

„Vorwurf des Verrates am Kaiser und gibt eine Darstellung der Zwangslage, die die Sozialdemokraten veranlaßte in das Kabinett des Prinzen Max von Baden einzutreten. Prinz Max von Baden habe das Reichskanzleramt nur übernommen wollen, wenn auch die Sozialdemokratie zur Regierung zugelassen würde. Er selbst sei gegen diesen Eintritt gewesen, sei aber in der Minderheit geblieben, weil seine Freunde nicht den Vorwurf auf sich nehmen wollten, die Sozialdemokratie habe unterlassen zu retten, was noch zu retten wäre. Scheidemann erinnert an seinen Brief an den Prinzen Max von Baden, in dem er ihn nachdrücklich den Rücktritt des Kaisers zu fordern, um die Monarchie zu retten.“

Und am 19. Dezember hält August Müller, Staatssekretär a. D., in der Juristischen Gesellschaft eine Rede, in der er die Haltung der Sozialdemokraten zum 9. November schildert: „Anders ließ, sollten sie sich an die Spitze und erwarben sich die Republik gewollt hat und niemand an eine Entfremdung der

Für eine Delegation kommunistischer Arbeiter nach Rußland

Der nachstehende Brief ist am 9. Oktober 1925 dem Arbeiterkomitee für Rußland-Delegationen übermittelt worden.

An das Arbeiter-Komitee für Rußland-Delegationen

Berlin W 8.

Unter den Linden 11

Die erste deutsche Arbeiterdelegation berichtet uns über den heutigen Rußland sehr viel, aber nichts wesentliches von dem was charakteristisch ist für das Wesen einer Gesellschaftsform, nichts wesentliches von dem, was notwendig ist zu einer revolutionär-marxistischen Beurteilung Rußlands. Soweit sie das tut, steht es im Widerspruch zu den russischen offiziellen Presse und im Widerspruch zu den russischen Bericht der zeitlichen Gewerkschaftsdelegation.

Ein solcher Zustand erscheint uns unerträglich. Das deutsche, revolutionäre Proletariat will Klarheit und Wahrheit über Rußland. Es will wissen, ob Rußland noch ein aktiver Hindernis der proletarischen Revolution ist oder nicht. Bauen wir mit der Bourgeoisie herrscht.

Unter allen Umständen muß dieser Zweifel beseitigt werden. Illusionen nehmen der proletarischen Revolution Inhalt und Kraft. Klare, nüchterne Erkenntnis der Wirklichkeit ist für das revolutionäre Proletariat nötig! Sie muß geschaffen werden.

Die KAPD, AAU und KAJ, betrachten dies mit als ihre wichtigste Aufgabe. Sie wollen helfen und fördern die Entwicklung revolutionären Klassenbewußtseins im Proletariat. Aufzucht der deutschen Arbeiter weitere Delegationen zu Studientrips nach Rußland zu entsenden und beantragen hiermit für die Genossen der KAPD, AAU und KAJ, die Organisation einer solchen Delegation.

Wir beantragen für uns diese besondere Delegation aus folgenden Beweggründen heraus: Wir können uns sehr wohl erklären, weshalb die russische Regierung z. B. von einer Delegation des ADGB, — einer ausgesprochen konterrevolutionären Instanz — eine Bestätigung ihrer Erfolge wünscht. Wir aber müssen es entschieden ablehnen, ein Urteil zu akzeptieren von Leuten, die mit der Ideologie der 2. Internationale befaßt sind. Jedes Urteil von Bedeutung müssen wir ablehnen von Leuten, deren praktische Haltung zu allen revolutionären Fragen beweist, daß sie in ihrem Denken Bürger geblieben und nicht fähig sind die Voraussetzungen einer kommunistischen Entwicklung von denen einer kapitalistischen zu unterscheiden. Wir erinnern uns daran, daß 1918 der größte

Holzstern gedacht habe. Die sozialdemokratischen Führer hätten im Gegenteil alles versucht die Revolution des 9. November zu verhindern. Erst, nachdem es sich nicht mehr anders ließ, sollten sie sich an die Spitze und erwarben sich den Deutschland das große Verdienst, den sozialistischen Klassenstaat zu verhindern.

Teil des deutschen Proletariats darbin im Besitz der Macht zu sein. Darüber war das revolutionäre Proletariat grundsätzlich einer Meinung und führte den schärfsten Kampf gegen diese veräppelte Fiktion der Proletariat durch Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Diese prinzipielle Stellung entspricht der revolutionären Einsicht in die Bedingungen des proletarischen Kampfes.

Deswegen müssen wir es ablehnen uns an einer Delegation zu beteiligen, die wahllos und ungeachtet ihrer prinzipiellen Stellung zusammengesetzt wird und daher zeitlich und zeitlich abhängig ist von den russischen Behörden. Eine Delegation, deren Zusammensetzung und zeitliche Einstellung beweist, daß sie nicht in der Lage war die deutschen Verhältnisse in Jahren richtig zu beurteilen, ist bestimmt unfähig Interesse, das die russische Regierung an diesen Delegationen hat, für befürchten, daß ihr solche Delegationen willkommen sind deswegen, weil ihnen der kritische Blick fehlt.

Für uns ist ein zeitliches, begrenztes Studium der Verhältnisse eines Landes nur ein Teil unserer praktischen und theoretischen Arbeit, einer Arbeit, die politische Schulung und prinzipielle Grundeinstellung voraussetzt.

Obwohl wir also die Arbeit der Delegation für unsere künftige Stellungnahme nicht als entscheidend bewerten können, sind wir bereit von einer öffentlichen Einladung Gebrauch zu machen und eine solche Delegation nach Rußland zu entsenden.

Die Erfahrungen unserer früheren Delegationen, wie auch die ersten deutschen Arbeiterdelegationen geben uns jedoch Veranlassung die Entsendung unserer Delegation abhängig zu machen von der Erfüllung der für eine fruchtbare Studienreise unerläßliche Voraussetzung:

Unbedingte Bewegungsfreiheit der Delegation und ihre Unterstützung — in jeder Beziehung — durch die Sowjetbehörden.

In dem wir uns eine weitere Darstellung dieser allgemeinen formulierten Bedingung in einer mündlichen Aussprache vorbehalten, verbleiben auch in Erwartung baldiger Antwort mit kommunistischen Gruß

Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands,

Allgemeine Arbeiter-Union,

Kommunistische Arbeiter-Jugend.

Bis zum heutigen Tage ist keine Antwort eingelaufen! Genossen, nehmt daher Stellung, bezieht es den Arbeitern, wo immer ihr könnt.

(Betriebe und öffentliche Versammlungen)

Notizen

1. Die neuerliche Entwicklung der englischen Arbeitslosigkeit hat das Problem als solches wieder in den Vordergrund aller innerwirtschaftlichen Betrachtungen gezogen. Und zwar weil diese Entwicklung dadurch etwas Besonderes zeigt, daß die Prozentzahl der Arbeitslosigkeit erstens weit über das bisherige Maß hinausgreift und daß zweitens dieser Zustand nicht — wie man bisher annahm — ein vorübergehender zu sein scheint, sondern sich zu einer chronischen Katastrophe ausbreitet. Am deutlichsten wird das erkennbar, wenn man die Ziffern der Arbeitslosigkeit der Gewerkevereinsmitglieder heranzieht. Der prozentuale Satz der Arbeitslosen betrug

im	1913	1920	1924	1925
April	1,7	0,9	7,5	9,4
Mai	1,9	1,1	7,0	10,1
Juni	1,9	1,2	7,2	12,3

Es drängt sich mehr und mehr eine volkswirtschaftlich tiefgreifende Frage auf, nämlich die Tatsache, daß es vom Standpunkt des gesamten sozialen und moralischen Lebens des Volkes ungünstig erscheinen muß, wenn ein derart hoher Prozentsatz der Arbeitsfähigen dauernd in den Zustand wirtschaftlicher Passivität herabgedrückt wird.

„Der Arbeiter“ Nr. 19, Seite 466.

9. In der „Umschau“, einer von bürgerlichen Gesichtspunkten geleiteten, aber immerhin gut redigierten wissenschaftlichen Wochenschrift schreibt Dr. J. Handhausen:

„Auf einer großen Essance wurden von der Nationalbank zur Einbringung rückerstehender Hypothekenzinsen 5000 Reichsmark versteigert und wegen Marktlücke für 10000 Reichsmark (das Stück zu 20 Mk.) Der Käufer ließ sie auf dem Kamp abschlechten und häuten und zahlte ihm die Haut mit und ließ die 5000 Leber den Raubvögeln zum Fraß.“ — Damals war Europa am verhungern.

Nun wohl, noch mehr als diese Masse wird täglich in Südamerika an wertvollen Fleischschweiß zu Gunst (Dünger) „verwertet“ (Fleischextrakt) gibt, hochwertig im Präparat und hochwertig im Gewinn für den Unternehmer. — Den großen Fleischmännern, denen ich das vorhielt, leuchtete das alles durchaus ein, aber ihre bequeme Antwort war die: „Weil, wir sind Großschlichter, — und verdienen ja so gerne.“

In den wirtschaftlichen Not, in denen die Welt liegt, spielt ein geradezu sinnvoller Fehler mit: das lediglich der Gewinn ausschlaggebend ist und nicht der Zweckwert. Unendliche Mengen von Nährstoffen werden nach amerikanischem „Prinzip“ vernichtet — in Meer gegeben, verbrannt etc., — nur um den Preis hoch zu halten. Wann wird einmal die Einsicht aufstehen und dem Gesetz werden, daß es auch eine Ethik der Güterzeugung gibt —?

3. Vor dem Potsdamer Schöffengericht stand kürzlich der Hofmeister Max Matthey, angeklagt wegen Sittlichkeitsverbrechen an einer Geisteskranken und wegen tätlicher Beleidigung einer Gutsarbeiterin.

Der Staatsanwalt beantragte im Falle des geistesschwachen Mädchens ein Jahr vier Monate Gefängnis unter Zubilligung mildernder Umstände und im Falle der zweiten Arbeiterin eine Freisprechung. Das Gericht faßte die Sache umgekehrt auf; es war der Ansicht, daß die Geisteschwache ganz gut sich hätte wehren können. Es schien aber doch ein gewisses Einverständnis vorhanden gewesen zu sein und demzufolge kam das Gericht zu einer Freisprechung. Dagegen hielt das Gericht im Falle der 25jährigen Arbeiterin eine versuchte Notzucht für vorliegend und erkannte mit Rücksicht darauf, daß derartige Sachen auf dem Lande nicht so tragisch genommen werden, unter Zubilligung mildernder Umstände auf sechs Monate Gefängnis. Obendrein werden dem Angeklagten noch vier Monate Strafaussetzung gewährt, so daß er nur zwei davon zu verbüßen braucht.

4. Zum Heidelberger SPD-Parteitag werden wir später grundsätzlich Stellung nehmen. Nicht der „Vorwärts“, sondern die „Leipziger Volkszeitung“ berichtet uns, daß der Parteitag in namentlicher Abstimmung mit 285 gegen 81 Stimmen folgenden Antrag **abgelehnt** hat:

„Die Reichstagsfraktion muß in allen künftigen Kämpfen ohne jede Rücksicht auf die bürgerlichen Parteien mit aller Schärfe die Interessen des Proletariats vertreten.“

5. Entgegen dem Gekreisch der KPD-Presse über eine von der SPD. vorbereitete oder von ihr zu unterstützenden Intervention gegen Rußland schreibt der „Vorwärts“:

„Zu billigen ist es, wenn Deutschland auch nach der Vollendung des Vertragswerks von Locarno und nach seinem Eintritt in den Völkerbund in seiner Rußlandpolitik selbständig bleiben will. Möge man es doch gerade heraus sagen, daß es niemals der Zweck des Westpakts sein darf, Deutschland in einen Konflikt zwischen Rußland und England hineinzuziehen! Je lauter Deutschland seine Stimme im Rat der Völker erheben kann, desto wirkungsvoller kann es jeden Gedanken an eine militärische Intervention bekämpfen. „Hände weg von Sowjetrußland!“ sagen auch wir, nicht weil uns Sowjetrußland ein heiliges Land ist, sondern weil wir der Meinung sind, daß sich das russische Volk seinen Weg zur Freiheit selber suchen soll ohne die freundliche Hilfe fremder Bajonette.“

... Nur verbohrt Fanatismus kann in einer solchen Haltung eine Feindschaft gegen Rußland erblicken!“

In einem ähnlichen Sinne äußerte sich der preußische Handelsminister Siering in einer Berliner Versammlung:

„Auch die SPD. hat alles Interesse daran Deutschland in günstige Handelsbeziehungen mit Rußland zu bringen und ist deshalb ernstlich bestrebt alles zu vermeiden was einen deutsch-russischen Handel stören könnte.“

6. Das parlamentskommunistische und sozialdemokratische Geschrei über den „bösen“ und „schlechten“ Unternehmer ist üble Phrase. Zu welchen Kuriositäten sie führt u. a. auch der nachfolgende Auszug aus dem Vorwärts. Er verdient kritisch gelesen zu werden. Aus ihm grinst die Fratze der Sozialdemokratie, aus ihm spricht der unermüdliche Sachwalter der Bourgeoisie: „Meine Herren geben sie den Arbeitern besseren Lohn, auf daß sie mehr und williger arbeiten, und ihr Betrieb wird rationell, ordentlich und gewinnbringend sein!“ Den Sinn dieser guten deutschen Worte quetscht der „Vorwärts“ in folgenden Zeilen:

„Man muß schon sagen, daß der VBMJ. dessen Vorsitzender bekanntlich zugleich Vorsitzender der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände ist, sich ausgezeichnet darauf versteht, die Kreise der Angestellten, die sich vor dem Kriege zum guten Teile etwas „besseres“ als „gewöhnliche Arbeiter“ dünkten, zu revolutionieren. Kein sozialdemokratischer Agitator könnte so durchschlagende Argumente anwenden wie der VBMJ. mit seiner Proletarisierung der verantwortlichen Betriebsangestellten.“

Dieses **schmachvolle System** müßte auf die Dauer notwendig auch zu einer **Verlotterung der Betriebe** führen. Es wird weiter dazu führen, daß die **tüchtigen Kräfte ins Ausland abwandern**, wo sie vier-, fünfmal und noch höher höher bezahlt werden als in den Betrieben der Berliner Metallindustrie, wo es vor allen Dingen auf qualifizierte Höchstleistung ankommt. **Unter diesen Umständen** wird sich niemand, am allerwenigsten der VBMJ. wundern dürfen, wenn jetzt auch die kaufmännischen und technischen Angestellten dazu übergehen, mit den Mitteln des gewerkschaftlichen Kampfes sich das zu holen, was die **reaktionäre Kurzsichtigkeit** der Unternehmer ihnen zu geben verweigert.

Har tilhørt H. Andersen-Harild Kbhvn, foræret til Arb. bev. 's Arkiv i Kbhvn

7. Die Kommune ist das wichtigste Fundament des — **Mittelalters**. Eine Zeit, die die Technik von zwei Jahrzehnten bauende Dampfmaschine überwunden hat, in der die Auswertung der über den Erdball zerstreut liegenden Rohstoffquellen mittels riesigen Anlagen in Form ausgesprochenster Spezial-Produktionsgebiete stattfindet, in der Elektrizität, Schnelldampfer und Flugzeug die Menschen unserer Welt zum unteilbaren Ganzen zu verschmelzen beginnt da wird der kosmopolitische Mensch geboren! Die Zeit fordert Menschen, für die Dorf-, Stadt- und „Vaterland“- **untergeordnete** Angelegenheiten (Kirchturmspolitik) sind, für die **Weltwirtschaft**, **Weltpolitik** und **Internationale** der **wesentlichste Ausgangspunkt**, der **wichtigste Betätigungsboden** ist.

Alle deutschen Kommunen beziehen den wesentlichsten Teil ihrer Mittel vom Reich und den Ländern. Hier ist die Lebenswurzel aller Dörfer und Städte. Diese Verbundenheit illustriert z. B. der „Vorwärts“ vom 30. September 1925:

„Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hat Mitte September das Lohnabkommen für die Kammerei-Reginarbeiter der Stadt Berlin gekündigt und Anträge auf Neuregelung der Löhne gestellt. Die Stundenlöhne sollen um 10 Pf. erhöht werden und die Altersgrenze der Vollarbeiter von 24 auf 21 Jahre herabgesetzt werden.“

Diese Anträge waren am 29. September Gegenstand von Verhandlungen des Tarifausschusses. Gegeben die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutsche Volkspartei und der Demokraten stimmte der Tarifausschuß diesen Anträgen zu. Am Mittwoch, den 30. September, wurde der Beschluß des Tarifausschusses im Magistrat behandelt. Der Magistrat hat, ohne Rücksicht auf den Beschluß des Tarifausschusses und ohne Rücksicht auf die eingehende Begründung der Organisation, jede Lohnerhöhung, wie auch die Herabsetzung der Altersgrenze des Vollarbeiters abgelehnt. Die Haltung des Berliner Magistrats ist nur erklärlich aus der Stellungnahme des Reichsarbeitsministeriums zu den Lohnfragen.

Briefkasten

R. J.-Breslau. Deine Kritik an den dir gesandten Probeabzug der vorliegenden ersten Ausgabe der „Information“ ist vollauf berechtigt. Auch wir sehen ein, daß ihr Inhalt unzulänglich und einseitig ist. Eine Fülle von Material bedarf noch der Bearbeitung und dringend erforderlich ist seine schnellste Vermittlung an die Genossen. Aber auch wir können unseren Kopf nicht über die Decke strecken, der elende Mangel an Geld verpflichtet uns zu starker Beschränkung. Es liegt eben im Wesen der bürgerlichen Demokratie, daß die vorhandene materielle (ökonomische) Ungleichheit der Menschen die formale Berechtigung derselben zur banalen Phrase macht.

Gern möchten wir die „Information“ monatlich zweimal herausgeben und ihren Umfang erweitern. Praktisch ist uns dies jedoch erst möglich wenn du und alle anderen Genossen mehr als bisher in der proletarischen Bewegung mitarbeiten und uns finanziell helfen.

Zu diesem Zweck besteht ein Kampf- und Propagandafonds. Geldliche Zuweisungen von jeder Höhe sind möglich bei allen Postämtern durch Einzahlungen auf das Postscheckkonto der Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin NW 7, Nr. 49029. Alle diesbezüglichen Einzahlungen müssen jedoch neben der Absender-Adresse unbedingt versehen werden mit dem Stichwort „Kaprofen“.

F. W.-Neukölln. Deinen Wunsch nach einer Inhaltsangabe der nächsten Nummern kommen wir gern nach.

Die Nr. 2 enthält u. a. den vollständigen Text eines Briefes, den der GHA. der KAPD. an den Vorstand der „Ersten deutschen Arbeiterdelegation nach Rußland“ gesandt hat. Der Brief enthält wichtiges, umfangreiches Material zur Beurteilung der Lage in Rußland und gehört in die Hand eines jeden revolutionären Arbeiters!

In Nr. 3 beabsichtigen wir eine umfangreiche Referenten-disposition über „Leninismus und Kommunistische Arbeiter Partei“ zu veröffentlichen.

An Alle! Die vorliegende „Informationsausgabe“ kostet uns einschließlich der Zustellungsgebühren 10 Pfg. Alle diejenigen, die unser Informationsmaterial laufend durch die Post beziehen wollen, bitten wir hiermit uns eine entsprechende Vorauszahlung und Mitteilung durch Einzahlungen auf das Postscheckkonto Berlin NW 7, Nr. 49029 unter dem Stichwort „Informa“ schnellstens zu kommen zu lassen! Zahlungen sind auf allen Postämtern möglich. Die Voraus- oder à Konto-Zahlungen müssen mindestens bis zum Dezember d. J. (Nr. 3) getätigt sein, doch empfiehlt es sich aus praktischen und Sparsamkeitsgründen den Zahlungsbetrag nicht unter eine Mark festsetzen zu wollen!

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Otto Schernell-Berlin.
Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Iszdonat, Berlin O 17, Langestr. 79.